

ligionsstunden neben beispielsweise zwei Geschichtsstunden; ja, es scheint, daß sie diese vier Stunden auch den weltlichen Schulen als lebensständlichen Unterricht auszuwirken wollen. Der Wertunterricht bildet mit 2 eingeklammerter, d. h. also wahlfreien Stunden ganz bescheiden um Einfluß. Der Nadelarbeitsunterricht der Mädchen wird durch Beschränkungen im Rechnen und in der Naturkunde ermöglicht. Was brauchen auch Mädchen ebensoviel vom Rechnen und Naturkunde zu verstehen wie Jungen!

Von den Entwicklungsmöglichkeiten der Schule zu Lebensgemeinschaften mit eigenwirtschaftlichem Betrieb, von Gartenarbeit und Unterricht im Freien, von Gesamtunterricht und dergleichen steht kein Wort in dem neuen Erlass. Zum mindesten hätte ein grundsätzliches Wort von der Freiheit des Lehrers dem Lehrplan und den Entwicklungsmöglichkeiten der Schule gegenüber an den Anfang der allgemeinen Bestimmungen gehört, die sonst so schöne und treffende Worte für den Geist und die Arbeit der Schule gefunden haben, wie dies, daß der Unterricht auf der Eigenständigkeit der Schüler, der geistigen sowohl wie der körperlichen, aufgebaut werden müsse, daß die Handbeteiligung in möglichst weitem Umfang nutzbar zu machen sei, und daß es nicht auf flüchtige Berührung möglichst vieler Stoffe, sondern auf geistige Durcharbeitung weniger Stoffe ankomme.

Es soll auch unumwunden zugegeben werden, daß die Einzelpläne für die verschiedenen Fächer in der vorliegenden Form einen erheblichen Fortschritt über den bestehenden Zustand hinaus bedeuten.

Der Unterricht in der Muttersprache soll fortan auf die „Spitzfindigkeiten“ der Rechtschreibung verzichten. Die besonderen Schreibstufen, eine der schlimmsten Qualen unserer Kleinen fallen fort; die Uniformierung der Handschrift nach Form und Lage der Buchstaben ist befristet. Das Lesebuch kann durch zusammenhängende Einzelschriften abgelöst werden, bei den Gedichten tritt freiwillige Auswahl des Schülers an die Stelle eines Kanons auswendig zu lernender Verse. Das „Probekind“ ist fast aus Altenteil verwiesen.

Hier also, wie auch sonst an vielen Stellen, ein beherztes Abschneiden alter Schulzöpfe. Daneben aber dann wieder ein unsicheres Tasten und Stedenbleiben in Halbheiten. So namentlich im Geschichtsunterricht, wo naturgemäß die Gegensätze am härtesten aufeinanderprallen. Die Kriegsgeschichte des bisherigen Schulbetriebes scheint überwunden zu sein, wenn wir lesen, daß Kriege „hauptsächlich nach ihren Ursachen und Folgen“ zu würdigen seien. Die Staatsbürgerkunde erhält den ihr gebührenden Platz, die Berücksichtigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens wird ausdrücklich gefordert. Aber unsere Freude wird gedämpft, wenn wir unmittelbar daneben lesen, daß, wo es irgend angeht, bedeutende geschichtliche Persönlichkeit in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen sind, oder daß von der Zeit des Großen Kurfürsten an die brandenburgisch-preussische Geschichte in den Vordergrund treten soll. Was unsere Lehrbuchfabrikanten und Lehrplanaufzieher und endlich auch ein großer Teil unserer Lehrer aus solchen „Richtlinien“ machen will, braucht nicht erst gesagt zu werden. Von der Verfassung ist wohl die Rede, sogar vom „Freistaat“ Preußen, aber daß die Volksschule vor allem und in erster Linie eine Schule der deutschen Republik sein soll, daß sie nach Art. 148 der Reichsverfassung ihre Kinder im Geiste der Völkerverbrüderung zu erziehen hat, davon lesen wir kein Wort.

So wohnt überall Neues und Altes, wohnen Vergangenheit und Zukunft dicht nebeneinander. Die alten Bestimmungen des Jahres 1872 haben ein halbes Jahrhundert gelebt. Der offizielle Kommentator des Erlasses wird es uns schon gestatten müssen, wenn wir über ihre Auswirkung etwas anderer Ansicht sind als er. Der „glänzende Aufschwung“ unseres Volksschulwesens, der noch nicht da ist, den wir aber erhoffen, wird aus anderen Kräften geboren werden, als denen, die an jenem Erlass tätig waren. In den neuen „Richt-

linien“ ringen diese Kräfte schon deutlich fühlbar um die Neugestaltung der Schule unseres Volkes. Wir wünschen diesem neuen Erlass einen kürzeren Bestand als dem alten. Er zeigt uns die Volksschule, wie sie ist. Wir aber streben zu einer Schule, die sein wird, zu einer Schule, die all die Keime einer neuen Entwicklung, die wir hier inmitten überwinterter Treibhauspflanzen zum Lichte emporstieigen sehen, zur vollen und einheitlichen Entfaltung bringen soll.

Deutsch und Barthou.

Zu dem Artikel des „Vorwärts“ von heute morgen erklärt Geheimrat Deutsch der Telegraphen-Union, daß er zwar anlässlich eines längeren Frühstücks sich sehr angezogen mit Herrn Barthou unterhalten habe, daß indes bei dieser Unterhaltung mit keinem einzigen Wort von irgendeiner Anteilnahme die Rede gewesen ist.

Humor in ernster Zeit.

Die Beschlagnahme der Nr. 948 des „Wahren Jakob“ ist durch nachstehend abgedruckten Gerichtsbeschluss bestätigt und bedingt aufgehoben.

Beschluss des Untersuchungsrichters VIII vom 8. November 1922.

An der Voruntersuchung gegen Enderling, wegen Vergehens gegen § 111 St.R.G., wird die durch Beschluss des Amtsgerichts Stuttgart Stadt angeordnete Beschlagnahme der Nr. 948 der Zeitschrift „Der wahre Jakob“ bestätigt, mit der Maßgabe, daß die Beschlagnahme derjenigen Exemplare aufgehoben wird, welche nachgewiesen ist, daß die letzten drei Zeilen des in der Zeitschrift veröffentlichten Gedichtes „Denk an den 9. November“, nämlich die Worte:

„Vergessen aus Blut dich die Preise, die dreisten,
Schaffe du Ordnung mit spürbaren Häuten,
Wie damals am 9. November.“

unleserlich gemacht sind.

Die Polizeidirektion Stuttgart wird ermächtigt, dem Verlag der Zeitschrift die beschlagnahmten Exemplare zur Vornahme der Unkenntlichmachung der bezeichneten Worte zu überlassen.

Die Beschlagnahme gilt bei den Exemplaren als aufgehoben, bezüglich derer die Polizeibehörde die Bescheinigung ausstellt, daß die benannten drei Zeilen unleserlich gemacht sind.

A. Württ. Landgericht Stuttgart.

Die Polizeidirektion Stuttgart hat bestätigt, daß die benannten drei Zeilen an 1700 Exemplaren unleserlich gemacht sind.

Allen Freunden von Humor und Satire empfehlen wir die Anschaffung dieser beschlagnahmten Nummer des „Wahren Jakob“. Die Nummer kann durch alle Buchhandlungen und Expeditionen der Parteiblätter bezogen werden. Sie ist ein wertvolles Erinnerungsdokument an diese Tage, in der man vier Jahre nach der Revolution auf Anordnung eines „K. Landgerichts“ schon das Gedächtnis des 9. November — durchstreichen muß!

Stundung des Ueberschichtenabkommens.

Am Montag fanden, wie die B.M. erfahren, im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Dezemberbeihilfe im Bergbau statt. Die Erhöhung beträgt im Durchschnitt pro Mann und Schicht für das Ruhrgebiet, Köln und Oberschlesien 750 M., für Niederschlesien, Kosen, Sechsen und Obdenbühren 675 M., und für Niederlochen 637,50 M. Einbezogen in diese Höhe ist das erhöhte Hausstands- und Kindergeld, das für das Ruhrgebiet 100 M. beträgt. Die Verteilung der Erhöhung soll prozentual gleichmäßig auf alle Arbeiter erfolgen. Diese freien Vereinbarungen haben Gültigkeit bis Ende Dezember 1922. Sollte jedoch bei außergewöhnlicher Entwicklung eine Einhaltung dieser Frist den Verbänden noch Treu und Glauben unmöglich sein, dann sind die Parteien verpflichtet, einer Einleitung des Reichsarbeitsministeriums zu erneuten Lohnverhandlungen im Dezember 1922 Folge zu leisten.

Das Ueberschichten-Abkommen vom 24. August 1922 wird im Hinblick auf die kommenden Feiertage vom 18. Dezember d. J. bis 15. Januar 1923 einschließlich gestundet. Es tritt am letztgenannten Tage selbstständig wieder in Kraft.

Vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands wird uns dazu noch mitgeteilt: Unser Verband hat nie an dauernde Ueberschichten ohne Unterbrechung gedacht, da diese bei der heutigen Ernäh-

und das „Geld der Arbeit“ erwidern. Die Ringstraße war nach jeder Räumungsschicht gleich schwarz von Menschen. Man sah rote Fächerchen auf den Dachziegeln der Straßendächer aufstehen. Ein Schuhmann, der sich bei der Verfolgung auf den heiligen ofadenischen Boden der Unversität verirrt hatte, kam als Schneemann wieder heraus — die Wehklage der Kantinen waren über ihn ausgeleert worden. Vor dem Landesgericht ertönte lautenstimmig der Chor: „Woh! heraus, Badeni hinein!“

Der Ausnahmezustand hing in der Luft, als Sonntag, den 28. früh, die Gegend des Parlaments von Militär und Polizei starrte, aber auch von ungeheuren Menschenmassen voll düsterer Enschlossenheit wimmelte.

Da lenkte Franz Joseph ein. Er entließ Badeni. Als mittags die Sonne herauskam, lag Dr. Lueger, der christlichsozialer Führer und den Sozialdemokraten und Deutschradikalen kaiserliche Bürgermeister von Wien, auf die Parlamentsschranke und verkündete den Rücktritt Badenis, dabei so tuend, als ob er erreicht hätte, was einzig und allein das Werk des Wiener Volkes war. Ein Extrablatt der „Arbeiter-Zeitung“ verzeichnete kurz und bündig:

- 11 Uhr: Abzug Badeni.
- 12 Uhr: Abzug der Husaren.
- 1 Uhr: Abzug der Polizei.

Es kam ein neues Ministerium Gausch und es änderte sich nicht allzu viel, man warfste weiter, kam später wieder in Opposition; sogar in viel übermäßiger und unwürdiger, schließlich sogar auf die systematische Verfassungsbeschwerde mit dem § 14 unter dem Grafen Thun, was zu erbitterter Aufregung der Arbeiter und zu Todesopfern militärischer Einschreiter führte. Aber für's erste war Ruhe und es ist auch nie wieder Polizei ins Abgeordnetenhaus einmarschiert.

Und an einem späteren 28. November, dem von 1905, trug eine Viertelmillion Menschen das gleiche Wohlrecht über die Ringstraße zum Sieg.

Staatsoper: „Der Barbier von Sevilla.“ Wie stark muß ein hundertjähriges Opernwerk sein, um in einer bedenklichen, matten, fast primitiven Aufführung der Staatsoper aus seinem eigenen musikalischen Leben heraus noch zu wirken! Es genügt also festzustellen, daß, von der Querschnitte angefangen, keines der vielen Trauerschicksale einschlug, daß das Publikum von der schwächlichen Singkunst einer Viertel-Miljoia wie gelähmt lag und froh war, sich durch ein paar Clownerien Bartolos und Boffillos über die Rangeweile hinwegsetzen zu können. In diesem Ensemble des Verfalls konnte die Rosine Madel Harrison wirklich hervorragend genannt werden. Das süße Stimmchen erinnert in der mittleren Höhe ein wenig an Sigrid Arnoldson, die schwedische Nachtigall. Mit den Klavaturen treibt die Gastin, die ihre Vilen italienisch singt, viel Sport, und das angestrichelte Deutsch des Dialogs steht ihrem Wesen und Gesichtschen gut. In den höchstgezeichneten Sopran-Vokalen wird das Stimmchen schrill und verliert seinen Glanz. Auch sollte die sympathische Sängerin weniger mit dem Pöbel dirigieren als körperlich mitspielen. Sie wurde bei der Kunst- und Kultur ihres Auftretens warm und herzlich empfangen. R. S.

rungsfrage den Bergarbeitern nicht zugemutet werden können. Wir haben deshalb in der Juni-Konferenz, an der die Minister Braun und Schmitt teilnahmen, und die die Ueberschichten absteuerte, auch nur von zeitweisen Ueberschichten gesprochen. Das gleiche geschah bei den Beratungen über das letzte Ueberschichtenabkommen. Dort wurden Dezember und Januar als die Zeit bezeichnet, die evtl. Ueberschichtenfrei bleiben könnte. Diese letztere Mitteilung wurde auch veröffentlicht, so daß die Bergarbeiterzeitung mit der Stundung im Dezember und Januar rechnete, ja zum großen Teil sie als Einlösung eines Versprechens forderte.

Mieterfragen im Landtag.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich heute zunächst mit zwei Großen Anträgen der Demokraten und der Deutschnationalen über die Mietangelegenheiten. Die demokratische Anfrage wendet sich gegen eine Verfügung zur preussischen Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz vom 16. Juli 1922, in welcher der Wohlfahrtsminister die Regierungspräsidenten angewiesen habe, gegen die Beschlüsse der Gemeindebehörden und Kreisaußschüsse Einspruch zu erheben, wenn die von ihnen festgesetzten Hundertsätze der Zuschläge zur Grundmiete

- a) für Zinssteigerungen 5 Proz.,
- b) für laufende Instandsetzungsarbeiten 60 bis 70 Proz.,
- c) für große Instandsetzungsarbeiten 40 Proz.,
- d) für Verwaltungskosten 15 Proz.

übersteigen. — Durch diese Verfügung werde die Festsetzung höherer Hundertsätze selbst dann verhindert, wenn Mieter und Mietervertretungen übereinstimmend höhere Hundertsätze für notwendig halten. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die in der Verfügung angeführten Hundertsätze völlig unzureichend sind.

Die Große Anfrage der Deutschnationalen wendet sich dagegen, daß die bestehenden Wohn- und Mietgesetze zum Ruin des soliden Hausbesitzes führen. Die Einrichtung der Mieteinigungsämter ohne Berufungsinstanz sei eine Quelle steigender Zwietracht.

Die Reichspachtshufordnung.

Zu den wichtigsten sozialpolitischen Gesetzen der letzten Zeit zählt die kürzlich erlassene neue Reichspachtshufordnung vom 20. Juni 1922, welche — ähnlich wie die Kleinrentenordnung — die Kleinrentner — vor allem kleine landwirtschaftliche Pächter bis zur Größe einer selbständigen Ackerbauung und die Heuerlinge — vor ungerechtfertigten Pachtzinssteigerungen und willkürlichen Kündigungen schützen soll. Es ist sehr zu begrüßen, daß die Sachhandlung Vorwärts eine Ausgabe der Pachtshufordnung veranstaltet (Preis 120 M.), welche von dem Genossen Krüger, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, bearbeitet ist und in der — sowohl in der Einleitung wie in den Anmerkungen — die soziale Tendenz des Gesetzes ganz besonders betont wird. Die kleine Schrift enthält auch den Wortlaut der zur Ausführung des Reichsgesetzes erlassenen neuen Preussischen Pachtshufverordnung vom 20. September 1922 und bereits die Ueberrichtungsrichtlinien vom 31. Oktober, bietet somit das gesamte Material zur zuverlässigen Beratung in allen Fragen des neuen Pachtrechts.

Börsenpanik.

Der Dollar klettert auf über 8600.

Auch am heutigen Börsenrubeltag machte die Kurssteigerung der Devisen weitere Fortschritte. Der Dollar stellte sich gegen Mittag auf 8625. Einen besonders ungünstigen Eindruck machen hier die Pariser Meldungen über den voraussichtlichen Inhalt der zu erwartenden französischen Note an Deutschland. Man hegt besonders hinsichtlich des Rheinlandes ernste Besorgnisse. Außerdem wirken natürlich die Mitteilungen über die Höhe des Defizits im Reichshaushalts noch stark nach.

Die Nachfrage nach Effekten dauert mit unerminderter Stärke an. Es handelt sich teils um ausländische Käufe, besonders von den jetzt in verschiedenen Ländern gegründeten Markterwertungs-gesellschaften, teils sind die sprunghaftesten Steigerungen der Kurse aber auch auf Interzessionskäufe inländischer Gruppen und auf Vorbereitungen zu neuen großen Fusionen in der Industrie- und Bankwelt zurückzuführen.

Die Reparationskommission soll in einer Note vom 25. November Streichung der „den deutschen Kreditern gewährten Subsidien“ aus dem Etat verlangt haben. So wieder „Delta“. Der deutschen Regierung ist aber eine derartige Note bisher nicht zugegangen.

Wilhelm Kauf. Auch im wohlverdienten Exil scheint der frühere deutsche Kaiser auf seine dietantischen Liebhaberinnen nicht verzichten zu wollen. Wie Geheimrat Stübben in der „Deutschen Bauzeitung“ berichtet, hat er seinem Hofe in Doorn durch allerbald An- und Umbauten den „Charakter erster Behaglichkeit“ verliehen, ihm durch Errichtung eines Vorgebäudes, das die Küche, die Bureau und die Dienstwohnungen enthält, eine weitere Umgestaltung gegeben, flankierende Ecktürme, ein monumentales Einfahrtstor usw. hinzugefügt. Dem das Haus umgebenden alten Park ist er durch Auslichtungen und Freilagungen zu Leibe gegangen.

Warum sollte Wilhelm nicht? Seine Mittel erlauben ihm, in „erster Behaglichkeit“ zu leben, und da er für seinen Unterhalt nicht selber zu sorgen braucht, kann er sich den allgewohnten Spielereien hingeben. Wir aber sind schon zufrieden, daß er nicht mehr in der Lage ist, durch seine architektonischen und gärtnerischen Künste über Berlin und unsere Tiergärten uns zu verschandeln.

Die Abschaffung des Pfennigs. Man muß lächeln, wenn einem das Sprichwort einfällt: „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist den Taler nicht wert.“ Denn wer kennt heute noch den Pfennig? Im gemessenen Leben hat er schon seit geraumer Zeit ausgespielt. Er findet sich vielleicht noch in den Spordbüchern der Kinder, sobald diese seit Tagen nicht gelernt worden sind. Wo mögen die Millionen Pfennigsätze geblieben sein? Das ist tatsächlich ein Rätsel. Der Pfennig ist heute eine Karikatur, und der, der noch einen besitzt, beschaut ihn und denkt an seinen Münzwert. Nur bei den Behörden hat der Pfennig noch immer eine Rolle gespielt. Bei den Postfachämtern wird er regelmäßig verbucht. Zumeist freilich wird, wenn er ausgeht werden soll, der Betrag abgerundet, weil eben keine Pfennigsätze vorhanden sind. Auch bei den Banken war die Pfennigrechnung bis heute üblich. Jetzt aber gehen die Berliner Banken dem Pfennig auch zu Leibe. Es gibt keine Pfennigüberweisungen mehr, keine Pfennig-Zinsberechnungen. Alles wird nach oben abgerundet. Der Pfennig war einmal. Irigischer ist der Taler kleingeld geworden, und man könnte variieren: „Wer den Taler nicht ehrt, ist den Tausender nicht wert.“ Dagegen: Wer hat in letzter Zeit einen Taler gesehen? Auch er ist verschwunden. Seine Ausprägung erfolgte, aber er kam nicht in die Masse, obwohl eine große Menge hergestellt sein soll. Auch der kaum wiedererwachte Taler ist verschwunden. Das Geld ist wertlos, und schließlich ist der Hundertmarktschein heute das kleinste Geld, mit dem man rechnen muß.

Paul Galkner, Bildhauer, 35, lebt im Dammgraben bei dem Vierzehner, Furmann, Kollisch, Großmann, Ulrich, Hübner, Köhler, A. Straße u. a.; außerdem Bildhauer von Georg Kolbe, Kurt Gadow, H. Gadow, Bertha Ewert, Schmidt — und neue graphische Wälder von Paul Galkner, Großmann, A. Köhler u. a.

Kurt Schmitters, der bekannte Verleger und Dichter der „Anna Blume“ lebt am 29. in der Kunstausstellung Der Sturm, Feldamer Straße 13a, aus eigenen Mitteln.

Kolossalität der November-Gruppe. Die tabulare Künstlervereinigung November-Gruppe veranstaltet am 2. Dezember, 8 Uhr abends, ihr dreijähriges Jubiläum im Kaiserhof des Ros (Eingang: Reichshaus-Vorhof). Einladungen und Karten durch die Geschäftsstellen: Twardy, Feldamer Straße 19; Galsch, Ansbacher Str. 41, und J. R. Neumann, Fürstendamm 232.

Gedenktag einer verschollenen Revolution

Von Richard Bernstein.

Im Sommer 1897 erließ der Österreichisch-polnische Ministerpräsident Graf Badeni seine Sprachverordnung, durch die gewisse Forderungen der Tschechen wegen der Gerichts- und Amtssprache erfüllt wurden. Daß diese Forderung des Rechtszustandes durch Verordnung vorgenommen war, nahmen die Deutschböhmer zum Anlaß einer Opposition, die sich bald zur Obstruktion, d. h. zur Verhinderung jeder parlamentarischen Arbeit steigerte. Die Sitzungen des Abgeordnetenhauses wurden völlig mit namentlichen Abkündigungen oder durch Namensaufruf und aorhand sonstige höchst langweilige Schilken ausgefüllt. Die Regierung rächte sich außerhalb des Parlaments durch Versammlungsverbote und Zeitungskontrollationen.

So kam Erregung ins Land, besonders in die nationalen Grenzregionen. Die Bevölkerung von Wien sah dem sonderbaren parlamentarischen Schauspiel mehr neugierig als bewegt zu. Die herrschende Partei der Christlichsozialen stand — auch aus Abneigung gegen die antiklerikalen Deutschböhmer — eher noch zur Regierung, während die Sozialdemokraten, die erst im März 1897 ins Parlament einbezogen waren, zwar die Regierung als unfähig und gewalttätig bekämpften, aber als internationale Arbeiterpartei — sie hatte deutsche, tschechische, polnische und italienische Abgeordnete in einer Fraktion — den Kampf der Bourgeoisie um die Beamtenstellen nicht mitmachte; denn darauf lief es hinaus.

Kun brauchte die Regierung aber bestimmte Gesetze. Um sie durchbringen zu können, hätte man den Deutschen die Obstruktion durch Aufhebung der Verordnung abkufen müssen — dafür aber (wie sich später zeigte) nur die Obstruktion der Tschechen eingetauscht. Durch einen listig-brutalen Handreich änderte man schließlich die Geschäftsordnung so, daß die Verlogen plötzlich zur Verhandlung standen und überdies widerrechtliche Abgeordnete auszusprechen werden konnten. Der Tiroler Klavierspieler Dr. Rachelein legte das Präsidium des Hauses nieder, um sich nicht mit Schuldig zu machen, der polnische Vizepräsident armenische Masarek David v. Abrahamowicz machte die Sache und wurde dafür von unseren Genossen und den Deutschböhmer aus dem Saal getrieben. So setzte die Obstruktion Gewalt gegen Gewalt, und nun, da es die Freiheit des Parlaments galt, der Tribüne, wo das freie Wort allein noch eine Stätte hatte, stürmten die Sozialdemokraten in die vorderste Front. Am 28. November 1897 kam es zum Krach der Deutschböhmer R. S. Woff wurde ausgeschlossen und durch herbeigerufenen Polizei unter dem Vorhug des Tschechen Dr. Kramarsch hinausgeschleppt. Als er am nächsten Tage wieder erschien, wurde er ins Landesgericht abgeführt.

Man gab's kein Halten mehr, zumal in der Provinz, besonders in Oraz, wo schon Blut geflossen war. Während drinnen im Saal Sozialdemokraten und Deutschböhmer von Polizeibüchsen gepöckelt und hinausgeschleppt wurden, eilten Studenten und Arbeiter zum Parlament, Extrablätter überfluteten die Stadt, Polizei- und Husarenattaken stürmten gegen das Volk, aus dem „Die Wacht am Rhein“

Höhere Töchter.

Am Freitag gegen das Ehepaar Franz gab von den vernommenen Sachverständigen insbesondere der Kriminalkommissar Dr. Kopp ein sehr interessantes Gutachten ab, in welchem er u. a. ausführte: Die Aussagen von sogenannten „höheren Töchtern“, sie seien das Opfer von Gewalt oder Betäubungsmitteln geworden, seien stets mit dem größten Mißtrauen aufzunehmen. Solche Angaben seien meist nur die Wiederholung der Entschuldigung ihres Tuns vor den Eltern und als Reklame in dem stärksten Sinne des Wortes zu bezeichnen. Was besonders die Anwendung von Betäubungsmitteln betreffe, so handelt es sich hier, abgesehen von ganz verschwindenden Ausnahmen, um eine allerdings weitverbreitete Kriminallegende. In den Aussagen der das Ehepaar betreffenden Zeuginnen seien für den größten Kriminalisten typische Unwahrscheinlichkeiten erkennbar. Seit zwei Jahrzehnten habe er als Leiter der Erpressungsabteilung vom Berliner Polizeipräsidium sehr häufig Gelegenheit gehabt, derartige Erzählungen von Mädchen über angebliche Attentate unter Anwendung von Betäubungsmitteln auf ihre Richtigkeit zu prüfen und sei dabei fast stets dazu gekommen, festzustellen, daß es sich um unwahre Angaben der betreffenden Mädchen gehandelt habe. Der Sachverständige stellt die Ansicht, daß die beteiligten Mädchen zur Phantasie neigen. Es läme auch öfter, als Kriminalkommissar Dr. Kopp behauptet, vor, daß junge Mädchen durch Betäubungsmittel in einen willenlosen Zustand versetzt würden. Er hätte deshalb am Schluß eines Vortrages den anwesenden Damen gesagt, sie sollten sich davor hüten, mit einem ihnen unbekanntem Manne Alkohol zu sich zu nehmen, weil die Gefahr der Anwendung von Betäubungsmitteln eine sehr große sei. Auf Verhalt des Justizrats Bronner und des Rechtsanwalts Bahn blieb der Sachverständige dabei, daß die Ohnmachten eine epileptische Grundlage hätten. Professor Krämer von der Charité bezeugt den Angeklagten Franz als einen Psychopathen, insbesondere wegen einer Rückenmarkverletzung, die er im Kriege erlitten habe. Der § 51 finde jedoch auf ihn keine Anwendung. Medizinalrat Dr. Eidermer kam in seinem Gutachten zu einem gleichen Schluß.

Die Elternschaft für die Junglehrer.

Kündigungsrücknahme — oder Schulstreik!

Die für das Groß-Berliner Volksschulwesen zu erwartenden schweren Störungen und Schädigungen durch Entlassungen von Junglehrern wurden gestern in einer von Lehrern und Elternleitern Neutöllns veranstalteten öffentlichen Elternversammlung erörtert. Der große Saal von Kiem war lange vor Beginn überfüllt, so daß die Nachdrängenden in einen Nebenraum abgelenkt wurden und dort als Parallelsammlung saßen. Die Junglehrer Hoffmann und Baar schilderten in ihren Referaten, wie die Junglehrer, denen oft nur unter größten Entbehrungen die Ausbildung möglich gewesen ist, durch von halbjähr zu halbjähr sich wiederholende Kündigungen benachteiligt werden. Gerade dieser Lehrernachwuchs, der vom Geist sorgfältiger pädagogischer Arbeit erfüllt ist, geht — zum Schaden der Jugendbildung — den Volksschulen verloren, wenn die Kündigungen zu Entlassungen führen. Lehrerentlassungen nötigen zu Klassenzusammenlegungen und schädigen auch gesundheitlich die Schulkinder, die schon durch Unterrichtsveränderung geschwächt sind, aber dann noch durch Umschulung zu längeren Schulwegen gezwungen wären und in überfüllten Klassenzimmern zusammengedrängt würden. Die Kündigungen haben erlitten in Groß-Berlin von etwa 12000 Lehrern etwa 1000, so daß 50000 Kinder ihren Lehrer verlieren würden, in Neutölln allein von 900 Lehrern über 100, in einigen Neutöllner Schulen ziemlich die Hälfte der Lehrer. Betont wurde, daß in der Junglehrfrage die Schulmänner Oberstadtschulrat Paulsen und Stadtschulrat Rydahl für das Recht der Schule gegenüber dem Kammerer Karding eintreten, der mit Oberbürgermeister Böß auf Sparmaßnahmen im Schulwesen dringt. Zwischenzeitlich und Beschlüssen der Elternschaft immer wieder, wie groß die Erregung der Elternschaft ist. In der Diskussion sprach eine lange Reihe von Rednern verschiedener Richtungen. Zwei Elternbeiräte, ein kommunistischer und ein „christlich-antipolitisch“, legten eine gemeinsame Resolution vor, die das Begehren des Kammerers unverantwortlich nennt, Rücknahme der Kündigungen fordert und deren Durchsetzung mit allen Mitteln androht. Nachher wurde von anderer Seite eine noch schärfere Resolution eingebracht. In ihr fordert die Elternschaft aller Richtungen die Kündigungsrücknahme bis 1. Dezember, andernfalls werde man vom 2. Dezember ab die Kinder nicht mehr zur Schule schicken. Diese Resolution wurde mit der Zustimmung der schon Entlassenen wieder eingeleitet, einstimmig unter förmlichem Beifall angenommen. Elternbeiräte der Sozialdemokratie, der Kommunisten und der „Christlich-antipolitischen“ legten ausdrücklich Unterstützung des etwa notwendig werdenden Schulstreiks zu.

Juganten des Verbleibens der Junglehrer und Junglehrerinnen in ihren Stellungen sprach sich der zur Nachprüfung der Angelegenheit eingesetzte Stadtschulratenausschuss in seiner gestern halbtägigen Sitzung aus. Es wurde einstimmig beschlossen, der Stadtschulratensammlung vorzuschlagen, den Magistrat umgehend zu ersuchen, die ergangenen Kündigungen schleunigst wieder aufzuheben. — Nun hat der Magistrat das Wort.

Wer hilft dem Zoo?

Der Tierkammer Carl Heinz Popper vom Frauen Kloster brachte durch Sammlung in seiner Klasse und im Verwandten- und Bekanntenkreis seiner Eltern über 10000 Mark zusammen und überreichte sie einem der Direktoren des Gartens als Beitrag zur Fütterung der Tiere. Zur Belohnung bekam er etwas zu sehen, was dem Publikum sonst verwehrt ist, nämlich eine gerade stattfindende Schlangenfütterung.

Der Herr Ehrenobermeister.

In dem Prozeß gegen Ehrenobermeister Rahardt und Genossen wurde die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Der Angeklagte Hoffmann gab an, daß der verstorbene Baurat Eler vom Militärintendanturamt mehrfach hätte durchblicken lassen, daß er für eine Beschneidung der Arbeiten besonders honoriert werden möchte. Daraus habe er, Hoffmann, Eler zu einem Male 5000 Mark gegeben, nachdem er jedesmal vorher mit dem Präsidenten der Handwerkskammer Rahardt Rücksprache genommen habe. Angeklagter Rahardt bestreitet dies mit Entschiedenheit. Dieser Fall ist übrigens Gegenstand eines der Reineidsverfahren, die gegen Karl Rahardt schwanden. Im weiteren Verlauf der Vernehmung sprach dann der Angeklagte Karl Rahardt plötzlich zusammen. Er leidet schon seit langem an Arterienverengung und hat durch die 14jährige Unterdrückung schwer gelitten. Der herbeigekommene Gerichtsarzt Dr. Bürger erklärte nach kurzer Untersuchung des Angeklagten Karl Rahardt, daß dieser an schwerer Arteriosklerose leide. Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, die Verhandlung auf morgen früh 9½ Uhr zu verlagern. Inzwischen soll der zuständige Gefängnisarzt beauftragt werden, den Angeklagten Karl Rahardt auf seinen Gesundheitszustand gründlich zu untersuchen. Ein Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt, da durch die Erkrankung des Angeklagten der Fluchtverdacht nicht beseitigt sei und außerdem eine Verdunkelungsgefahr bestehe.

Stärkere Benutzung der Straßenbahn. Infolge des Hochwasserstillschlags haben sich die Einnahmen der Straßenbahn wesentlich erhöht. Sie sind in den letzten Tagen auf über 30 Millionen Mark am Tage, durchschnittlich etwa 7 bis 8 Millionen über das bisherige Tagesergebnis, gestiegen.

Der Potsdamer Bürgermeister bleibt. Oberbürgermeister Vosberg hat sein Pensionierungsgeheim zurückgezogen und wird demnächst seinen Urlaub beenden und die Amtsgeschäfte wieder übernehmen. Als Angriff gegen das Stadtoberhaupt, die zum Teil von seiner Gattin, mit der er in Scheidung lebt, erhoben worden sind, haben sich als haltlos herausgestellt.

Die Zuckerkarte. Von der Zuckerkontrollstelle Groß-Berlin wird darauf hingewiesen, daß ab 1. Dezember 1922 Zucker nur auf Zuckerkarten verkauft werden darf. Ein Verkauf von Zucker zu dem von dann ab höchst bemessenen Preis ist im November noch nicht zulässig.

Gerhart Hauptmann hat den Glanzwunsch der städtischen Behörden zu seinem 60. Geburtstag mit nachstehendem Telegramm beantwortet: „Die ehrenvolle und herzlichste Begrüßung der Stadt Berlin hat mich tief gerührt. Persönlich und durch meine Kunst ununterbrochen mit der deutschen Hauptstadt verbunden, empfinde ich mit besonderer Freude, mit besonderem Stolz diese große Aufzeichnung. Meine Kinder und Enkelkinder werden das Dokument heilig halten.“

Ueber die soziologische Bedeutung des Klassenkampfes spricht in einer öffentlichen Versammlung des Sozialistischen Studentenbundes Max Adler-Wien am Mittwoch, den 29. November, in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Nachstr. 13. Gäste sind eingeladen.

Ein alter Funktionär, Adolf Schwarzburger, der seit 30 Jahren unserer Partei angehört, ist heimgegangen. Seit 30 Jahren ist er als Bezirksführer tätig gewesen und hat gerade in der Kleinarbeit Verblüffendes geleistet. Die Genossen werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Familienheim statt Obdach. Der Magistrat hat beschlossen, die Bezeichnung des im südlichen Obdach befindlichen Familienobdachs in „Städtisches Familienheim“ umzuwandern.

Der frühere Intendant des Münchener Staatstheater, Viktor Schwannede, wurde von der Strafkammer des Landgerichts München wegen eines Vergehens der Untreue in Tateinheit mit einem Verbrechen der Privaturlundenfälschung zu 5 Monaten Gefängnis und 100000 M. Geldstrafe, eventuell ein weiteres Jahr Gefängnis, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Schwannede, der nach der Revolution einmütig von seinen Kollegen zum Intendanten gewählt wurde, nach Ersteren der Revolution aber wieder ausstieg und seitdem als Schauspieler in Berlin lebte, war Lehnmitglied in der Verwaltung des von ihm geleiteten Max-Reger-Theatermuseums zahlreiche Verfehlungen begangen zu haben.

Abblüher Fallischmattkurz. Auf dem Komplize Dagling bei München hatten sich vor kurzem trotz des starken Windes Tausende von Personen einfinden, um den für letzten Sonntag angelegten wegen schlechten Wetters verbotenen Fallschirmproduktionen eines Erfinders, der unter dem Namen W. Bue. auftrat, beizuwohnen. Um 3 Uhr nachmittags hatte sich dann ein von einem Flugzeugführer gesteuertes Flugzeug bis zur Höhe von 2000 Meter erhoben. W. Bue. löste sich nun mit seinem Fallschirm von dem Flugzeug los. Der Fallschirm öffnete sich aber nicht und W. Bue. stürzte mit ungeheurer Geschwindigkeit zum Entsetzen der Zuschauer in die Tiefe, wo er zerquetscht liegen blieb.

Wie andere Ware verhandelt wird. Die Zollbehörde in Beuthen nahm die Millionärin Rothenstein aus Warschau fest, weil sie für zwei Millionen Mark Waren über die Grenze schaffen wollte. Sie wurde dem Gerichtsförmnis zugewiesen, aber gegen Stellung einer Kaution von sieben Millionen Mark wieder freigelassen. — Wird sie diese Frau wohl bei ihrem lukrativen Gewerbe verdient haben.

Blas der Republik in — Frankfurt a. M. Der Magistrat von Frankfurt a. M. hat dem Vorschlag, den Paulsplatz, an dem die historische Paulskirche steht, „Blas der Republik“ zu nennen, seine Zustimmung erteilt. — Hoffentlich bringen die bürgerlichen Demokraten Berlin genug Mut und Kraft auf, um auch Berlin endlich seinen „Blas der Republik“ zu schaffen.

Schiffungslad in der Nordsee. Aus Norddorf auf Amrum wird gemeldet, daß der deutsche Dampfer Albia gestrandet ist. 15 Mann der Besatzung sind gerettet.

Der starke Schneefall verurteilte sowohl in Deutsch- als in Polnisch-Oberhessen große Störungen des Bahnverkehrs. Lokomotoren mit Schneeflägen mußten erst Bahn brechen, so daß große Verspätungen eintraten.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Strömung gelinder, veränderlich, überwiegend kühe mit Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden.

Groß-Berliner Partei-Nachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Heute, Dienstag, den 28. November:

29. Abt. Weib. 7. Uhr Versammlungsgang gegen die Entlassung der Junglehrer. In der Aula der Gewerkschaften, Chausseestraße.

Morgen, Mittwoch, den 29. November:

24. Abt. Weib. 7. Uhr Bahnbau in Islandern (Polen); Schmidt, Park- burger Str. 48; Eberner, Zimmereistraße 25; Wäner, Christburger Str. 6 mit Schütz, Berliner Str. 3.

17. Abt. Weib. 7. Uhr Sitzung des erweiterten Kreisverbandes der Handel, Gewerkschaften. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen sämtlicher Abteilungsleiter ist unbedingt nötig.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Kaufhaus Wilhelm Joseph, Schöneberg, Hauptstr. 103, Metel im Interieurteil unseres Quartals wird jetzt in der wirtschaftlich so schwierigen Lage geheimerweise, durch vorläufige Qualitätswaren zum Verkauf an.

Devisenkurse.

	28. November		27. November	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	3461.86	3468.65	3152.10	3167.90
1 argentinischer Papier-Peso	8102	8208	2382.65	2947.25
1 belgischer Frank	556.10	558.00	521.19	523.81
1 norwegische Krone	1593.	1604.	1471.31	1478.91
1 dänische Krone	1760.58	1769.42	1620.08	1629.92
1 schwedische Krone	2920.18	2940.84	2149.61	2160.39
1 finnische Mark	—	—	199.50	200.50
1 japanischer Yen	—	—	3700.50	3800.50
1 italienische Lire	410.45	418.55	384.09	385.97
1 Pfund Sterling	2940.25	2959.75	2600.75	2610.25
1 Dollar	8753.09	8798.94	8004.93	8045.07
1 französischer Franc	608.49	609.52	568.58	569.48
1 brasilianischer Milreis	—	—	1012.40	1017.54
1 Schweizer Franc	1640.88	1640.12	1491.20	1498.74
1 spanischer Pesta	—	—	1230.92	1231.08
100 österr. Kronen (abget.)	—	—	11.09/1	11.15/1
1 schwedische Krone	—	—	250.37	251.63
1 ungarische Krone	—	—	8.39	8.41
1 bulgarischer Lewa	—	—	58.10	58.40
1 jugoslawischer Dinar	—	—	104.29	104.77

Gewerkschaftsbewegung

Die Hochbahndirektion als Verkehrshindernis.

Vom Berliner Polizeipräsidium ist versucht worden, den Streik der Hochbahn, der eine Erhöhung des Berliner Verkehrslebens bildet, zu einem Ende zu bringen, indem ein Vermittlungsversuch zwischen den beiden Parteien gemacht wurde. Während der Deutsche Verkehrsverband für die streikenden Hochbahner seine Bereitwilligkeit aussprach, lehnte die Direktion der Hoch- und Untergrundbahn jede Verhandlung über die Novemberlöhne ab. Dieser wie eine Herausforderung der Öffentlichkeit anmutende Standpunkt ist um so weniger berechtigt, wenn man weiß, daß die Löhne der Hochbahner im Durchschnitt des Monats November um 43 M. pro Stunde oder um nahezu 9000 M. für den Monat hinter den Löhnen der Gemein- und Staatsarbeiter zurückbleiben, die ihrerseits bereits teilweise hinter den in der Privatindustrie gezahlten Löhnen zurückstehen. Wir müssen noch hinzufügen, daß die Berliner Hoch- und Untergrundbahn, trotz der Schmutzkonzurrenz, die sie der städtischen Straßenbahn gegenüber beibringt, ein durchaus rentables Unternehmen ist.

In der gestern stattgefundenen Versammlung der Streikenden wurde von den Vertretern der Organisation über die bisher resultatlos verlaufenen Verhandlungen Bericht erstattet. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Direktion der Hochbahn ein Verkehrshindernis ist, mit der einmal ein ernstes Wort geredet werden muß.

Der Berliner Schauspielerstreik.

Am Streik der Berliner Schauspieler ist auch heute noch keine wesentliche Veränderung eingetreten. Es ist eher eine Verschärfung des Streiks zu erwarten, da die Genossenschaft der Bühnengenossen der Auffassung ist, daß heute abend auch das Trianon-Theater und das Theater am Kurfürstendamm nicht mehr spielen werden. Im Laufe des heutigen Dienstages hat in den Räumen der Bühnengenossenschaft der Vorstand des A.D.B. und des A.F.B. Bundes mit den kartellierten Verbänden über die weiteren Streikmaßnahmen beraten. Wie von der Streikleitung weiter mitgeteilt wird, ist den befreundeten Schauspielerorganisationen anderer deutschsprachiger Länder, so dem Oesterreichischen Bühnenerverein, den Verbänden der Bühnengenossen in der Schweiz und in der Tschechoslowakei eine Liste derjenigen Berliner Schauspieler übermittelt worden, die entgegen den Beschlüssen der Genossenschaft als Streikbrecher tätig sind.

Lohnkampf der Angestellten der Metallindustrie.

Die A.F.M.-Mitglieder in der Metallindustrie waren zu einer Versammlung am Sonntag nach der Brauerei Böhmow erschienen, um den Bericht über die Lohnverhandlungen für November entgegenzunehmen. Der große Saal war schon vor der angelegten Zeit so überfüllt, daß im kleinen Saal noch eine Parallelsammlung stattfinden mußte. Im großen Saal referierte G.üntzer vom Autob. Im kleinen Saal sprachen Hesse und Walther.

G.üntzer führte in seinem Bericht etwa folgendes aus: Am Montag voriger Woche haben wir mit den Arbeitgebervertretern über die Novembergehälter verhandelt. Aus rein technischen Gründen kam die Verhandlung zum Scheitern. Den Arbeitgebern erschien die Zahl unserer Vertreter zu groß, sie wollten nur 12 Personen statt 14 zulassen. Man möchte uns vorschreiben, in welcher Kopfstärke wir am Verhandlungstisch zu erscheinen haben.

Wir haben darauf das Arbeitsministerium angerufen und am Sonnabend ist verhandelt worden. Unsere Forderung war 150 Proz. auf die Oktobergehälter. Die Vertreter der Arbeitgeber haben erst 45 und dann 60 Proz. Das Schlichtergericht schlug 70 Proz. vor. Diese Angebote mußten wir als unzureichend ablehnen. Das Schlichtergericht glaubte angesichts der gegebenen Situation von einem Spruch Abstand nehmen zu müssen.

Anschließend hat alsdann erneut eine direkte Verhandlung mit den Arbeitgebern stattgefunden. Sie boten wieder 60 Proz. und als wir erklärten, daß das Angebot mindestens über 70 Proz. liegen müsse, glaubten die Arbeitgeber eine Verschärfung nicht mehr erreichen zu können. Sie erklärten schließlich, am Ultimo das zahlen zu wollen, was sie für nötig befinden würden.

Offensichtlich machte das Arbeitsministerium frant gegen die sogenannten „Phantasielöhne“ (Zukunft: Hungerlöhne), obgleich diese erweislich nicht einmal für die nackte Existenz ausreichen. Wir sind gezwungen, uns zum Kampf um unsere Existenz und die unserer Familie zu rüsten. (Lebhafter Beifall.)

In der anschließenden Ausprache riefen die Ausführungen des kommunistischen Rührführers Unwillen der Versammlung hervor. Alle Redner riefen eine scharfe Kampfschlammung erkennen. Platau hob hervor, daß es nicht genüge, das Wort Kampf immer im Munde zu führen, wie das der kommunistische Redner getan habe, auch das genüge nicht, zum Kampf aufzurufen und dann zu glauben, damit schon die Voraussetzungen für diesen Kampf geschaffen zu haben.

In seinem Schlußwort wies G.üntzer darauf hin, daß nach Eröffnung aller friedlichen Wege nichts anderes als das letzte gewerkschaftliche Mittel übrig bleiben werde.

Löhne der Privat-Elektrizitätswerke.

Durch Verhandlung zwischen dem Zentralverband der Maschinen- und Heizer und dem Arbeitgeberverband der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke stellen sich die Löhne jetzt folgendermaßen: Für die Zeit vom 15. bis 21. November wird als Ausgelt zu den bestehenden Löhnen folgender Gehalt gezahlt: Gruppe 1—4 1000 M., Gruppe 5 (Rinderrwerbsfähige) 900 M., Gruppe 6 (Frauen) 750 M. Ab 22. November bis 5. Dezember gelten folgende Stundenlöhne: Gruppe 1 250 M., Gruppe 2 225 M., Gruppe 3 220 M., Gruppe 4 200 M., Gruppe 5 (Rinderrwerbsfähige) 162 M., Gruppe 6 (Frauen) 145 M. Die Frauenzulage beträgt ab 22. November 240 M., die Zulage für jedes Kind vom gleichen Zeitpunkt ab 336 M. je Woche.

Zusätzliche Gewerkschaftsführer. Der Sekretär des italienischen Seeleutenverbands und deren Produktivgenossenschaft, Garibaldi, hat kürzlich auf eigene Faust einen Bündnisvertrag mit der Reichsregierung abgeschlossen. Dieses kurz vor dem Staatsstreich zustande gekommene Abkommen nennt Mussolini den Exponenten des italienischen Faschismus, und Gabriele d'Annunzio bezeichnet er als das geistige Oberhaupt der italienischen Seeleute, zu dem der Faschismus ebenfalls mit unbegrenztem Vertrauen emporsieht. Vereinbart ist in dem Abkommen, daß alle Forderungen der Seeleute dem Reich oder dem Staat (!) gegenüber erst die Zustimmung eines Vertreters des Faschismus erhalten müssen. Ist diese Zustimmung vorhanden, dann verpflichtet sich der Faschismus, für die Forderungen seine ganzen Kräfte zur Erreichung des Zieles mit den direkten Mitteln einzusetzen. Das Ganze nennt sich „Vergewaltigungsvertrag“ und ist unterzeichnet: Garibaldi, Mussolini und G. d'Annunzio, der zu seiner Unterschrift noch eine poetische Bekräftigung hinzufügte. Der italienische Gewerkschaftsbund, dem der Seeleutenverband angegeschlossen ist, verlangt deshalb die Einberufung eines Verbandstages der Seeleute zur Stellungnahme gegenüber diesem Abkommen.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer. Von jetzt ab werden sämtliche Geschäfte, auch die Kostengeschäfte, nur Angelufer 24/25, Aufgang C, Zimmer 98, erledigt; nur die Arbeitsvermittlung bleibt Gormannstr. 13. — Zuschriften von Mitgliedern der Geschäftsstelle Groß-Berlin sind nicht an unsere Hauptverwaltung St.über Straße 47/48 zu richten, da sie von der Hausverwaltung nicht erledigt werden können und damit nur Zeit und Geld verlieren geht.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Hoff, Berlin; für Anzeigen: Th. Gleditsch, Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag, Berlin, Unter den Eichen 10, Berlin, Unter den Eichen 10.

